

GdP kritisiert Sicherheitskonzepte der Vereine

Mehr als fünf Millionen Zuschauer haben in der Saison 2020/2021 in NRW die Spiele der beiden Bundesligen, der 3. Liga und der Regionalliga West verfolgt. Das sind fast zwei Drittel der Zuschauerzahlen von 2018/2019, der letzten Saison ohne Corona-Einschränkungen. Mit den Fans ist auch die Gewalt in die Stadien zurückgekehrt. Bei vielen Vereinen geben gewaltsuchende Fans inzwischen sogar den Ton an. Fußballexperten der Polizei fürchten deshalb schon seit Längerem, dass es auch in Deutschland zu ähnlichen Gewaltexzessen kommen kann, wie im vergangenen Jahr beim Conference-League-Spiel des 1. FC Köln in Nizza. Auf der Jahrestagung der GdP für den höheren Dienst haben Führungskräfte der Polizei Ende Januar im Stadion von Borussia Mönchengladbach darüber diskutiert, wie sich das verhindern lässt – auch in Hinblick auf die im Juni 2024 beginnende Fußball-EM in Deutschland.

Das die Stimmung in den Stadien langsam kippt, beobachten Fußballexperten der Polizei schon länger. Früher wur-

den Hooligans und gewaltbereite Ultras von den anderen Fans zwar respektiert, aber sie waren nicht tonangebend. Das ändert sich gerade. Bereits im Herbst vergangenen Jahres hatte die GdP Alarm geschlagen: „Die Grenzüberschreitungen nehmen zu. Die Vereine ziehen sich zurück und tun kaum etwas gegen gewaltbereite Fans“, hatte GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens in einem viel beachteten Artikel im Kölner Stadtanzeiger beklagt.

Passiert ist seitdem fast nichts. Zwar verwehren mittlerweile einzelne Bundesligavereine Fangruppierungen, die besonders negativ aufgefallen sind, den Zutritt zum Stadion,



aber das ist die Ausnahme. Die meisten Vereine schauen lieber weg. Für sie sind die stimmungsvollen Choreografien der Fans wichtiger, weil sie die Inszenierung für die Fernsehbilder brauchen. Deshalb bleibt es meistens bei verbalen Appellen, denen keine Konsequenzen folgen. „Die gängige Praxis, die eigenen Fans zur Mäßigung aufzurufen, aber bekannten Schlägern Tür und Tor zu öffnen, muss endlich aufhören!“, sagt deshalb GdP-Vorsitzender Mertens.

Auch Innenminister Herbert Reul (CDU) kommt zu der gleichen Forderung. „Null Toleranz finden alle super, aber in der Fußballwelt beansprucht ein Teil der Fans ein eigenes Recht“, sagte Reul auf der GdP-Tagung. „Warum führen wir die Debatte, bei der jeder weiß, solche Leute gehören nicht ins Stadion, nicht endlich zu Ende?“

Handlungsbedarf sieht der Innenminister allerdings nicht nur bei den Vereinen, sondern auch bei der Justiz. Nizza sei für ihn ein Vorbild, weil die Gewalttäter schnell und konsequent abgeurteilt worden sind. Ende Januar, nur wenige Tage nach der GdP-Tagung, hat das Amtsgericht Köln einen 36-jährigen FC-Fan wegen Beteiligung an den brutalen Übergriffen in Nizza zu einer Haftstrafe von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt. Es war das erste Nizza-Urteil überhaupt, weitere folgten. Der verurteilte Alt-Hool war bereits





seit Jahren wegen Gewalttaten rund um die FC-Spiele bekannt, hatte aber noch immer Zugang zum Stadion.

Das Urteil ist aus Sicht der GdP ein ermutigendes Zeichen, dass in den Gerichten die Bereitschaft wächst, gewalttätige Fußballfans nicht nur konsequent zu verfolgen, sondern die Taten auch zügig abzuurteilen. Wie groß der Handlungsbedarf ist, zeigen die neuesten Zahlen, die Katharina Stascheidt von der Zentralen Informationsstelle Sport-einsätze (ZIS) auf der GdP-Tagung in Mönchengladbach vorgestellt hat. Danach geht die Gewalt in den Stadien wieder steil nach oben (siehe Grafik). Dennoch weigern sich viele Vereine, gewalttätige Fans aus dem Stadion zu verbannen. Wurden in der letzten Vor-Corona-Saison 2018/2019 noch gegen 1330 Gewalttäter Stadionverbote verhängt, gab es in der Saison 2021/2022 lediglich 355 Verbote. Selbst während der Hochzeit der Corona-Einschränkungen 2020/2021 waren es mehr. Für die ZIS ist es deshalb nur eine Frage der Zeit, bis es in den Stadien nicht nur zu größeren Schäden kommt, sondern auch zu mehr Verletzten – auch unter Unbeteiligten.

Ob sich die Tendenz zu immer mehr Gewalt in den Stadien und in ihrem Umfeld brechen lässt, liegt vor allem an den Vereinen. Bei Borussia Mönchengladbach, in deren Stadion die GdP-Tagung stattfand, kümmern sich deshalb vier hauptberufliche Fanbeauftragte nicht nur um den Zusammenhalt der Szene, sondern auch um die Eindämmung von Gewalt. Über den Verein

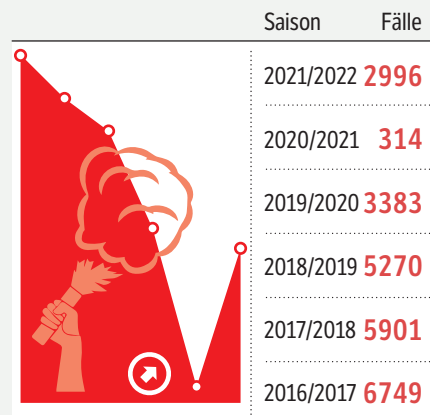
haben die Fans Zugriff auf 1500 Tickets für alle Auswärtsspiele der Fohlenelf. Wer als treuer Gladbach-Fan keines der Auswärtsspiele verpassen will, wird von ihnen mit Eintrittskarten versorgt. Läuft ein Fan aus dem Ruder und fällt durch Gewalt massiv

auf, können ihm die Karten verweigert werden. Auch das sei ein Instrument, das bei der Eindämmung der Gewalt in den Stadien hilft, wie Fanbeauftragter Thomas Weimann („Tower“) eindrucksvoll auf der HD-Tagung berichtet hat. ■

Die Gewalt ist zurückgekehrt

Während der Corona-Pandemie hatten gewaltbereite Fußballfans kaum Gelegenheit, die Anhänger anderer Vereine anzugreifen. Jetzt steigt die Zahl der in den Stadien und in deren Umfeld begangenen Straftaten wieder rasant an. Besonders oft geht es dabei um Körperverletzung (797 Fälle), Pyrotechnik (541 Fälle) und Sachbeschädigung (250 Fälle).

Straftaten in den Stadien der Bundesliga, der 2. Bundesliga und der 3. Liga



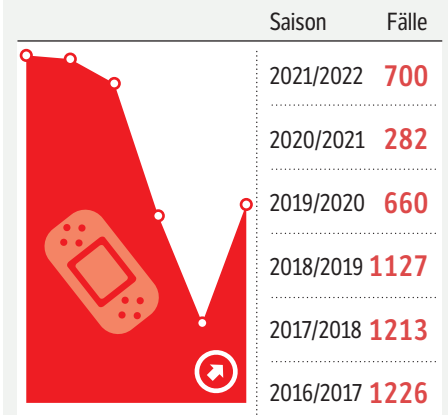
Quelle: ZIS Jahresbericht 2021/2022, bundesweite Zahlen



Klarer Trend in Richtung Vor-Corona-Niveau

Seit dem Ende der Corona-Einschränkungen geht die Zahl der verletzten Besucher in den Fußballstadien wieder steil nach oben. In der Saison 2021/22 wurden allein in den ersten drei Ligen 700 Menschen durch gewaltsame Auseinandersetzungen verletzt. 163 davon waren Störer, 123 Polizisten, 60 Ordner und 354 unbeteiligte Fußballfans.

Verletzte Zuschauer, Polizisten und Ordner beim Fußball



Quelle: ZIS Jahresbericht 2021/2022, bundesweite Zahlen



Fußball-EM: vier Spielorte in NRW

Wenn am 14. Juni die Fußball-EM in Deutschland startet, steht auch die Polizei in NRW vor besonderen Herausforderungen. Denn mit Dortmund, Gelsenkirchen, Düsseldorf und Köln liegen gleich vier der zehn EM-Stadien in unserem Bundesland. 20 der 51 Spiele werden hier ausgetragen, darunter nicht nur elf Spiele der Gruppenphase, sondern auch vier Spiele des Achtelfinals sowie jeweils ein Viertel- und ein Halbfinalspiel.

Für die Polizei bedeutet das: Sie muss in enger Abstimmung mit dem Europäischen Fußballverband UEFA nicht nur für die Sicherheit in den vier Stadien sorgen, sondern auch den Schutz der Mannschaften in den

Hotels und Trainingsorten sicherstellen und sich um Fanzonen und Public-Viewing-Bereiche kümmern.

Damit es während der EM nicht zu einem gewaltsamen Aufeinandertreffen von verfeindeten Fangruppen oder zu anderen Straftaten kommt, ist ein weitreichendes, auf die einzelnen Stadien zugeschnittenes Sicherheitskonzept erforderlich. Die Polizei hat deshalb in NRW eine eigene Projektgruppe eingerichtet, die sich um die Sicherheit während der Fußball-EM kümmert.

Deren Arbeit ist bereits weit vorangeschritten, wie Einsatzreferent Dirk Hulverscheidt Ende Januar auf der HD-Tagung der

GdP in Mönchengladbach berichtet hat. Hulverscheidt erinnerte daran, dass es während der ersten zweieinhalb Wochen der Europameisterschaft nur einen Tag gibt, an dem in NRW kein EM-Spiel stattfindet. Die Vorstellung, dass der für die EM erforderliche Personalbedarf nur die Behörden an den vier Austragungsorten in NRW und die landesweit eingesetzten Kräfte wie die Einsatzhundertschaften betrifft, sei eine Illusion. Neben den vier Präsidien, in deren Bereich die EM-Stadien liegen, gilt das im besonderen Maß für die Polizeibehörden Münster, Märkischer Kreis, Gütersloh, Paderborn, Unna, Mettmann, Wuppertal, Bonn und Rhein-Sieg. Denn dort liegen Hotels und Trainingsstätten der EM-Mannschaften. ■



Ob es nächstes Jahr ein neues Sommermärchen gibt, entscheidet sich nicht nur auf dem Spielfeld

Dass die Fußballweltmeisterschaft 2006 als Sommermärchen in das kollektive Gedächtnis eingegangen ist, liegt nicht nur am starken Auftritt der Mannschaft, sondern vor allem an der zauberhaften Atmosphäre, die ganz Deutschland damals ergriffen hat. Ob sich dieses Hochgefühl im kommenden Jahr bei der Europameisterschaft im eigenen Land wiederholen

lässt, hängt nicht nur vom Abschneiden der deutschen Mannschaft ab, sondern vor allem davon, was auf den Fantribünen, in den Public-Viewing-Arenen und an den zahlreichen anderen Orten passieren wird, an denen die Menschen die EM verfolgen werden. Die EM 2024 kann ein wahres Fußballfest werden. Sie kann aber auch in einem Desaster enden wie die EM 1988, bei der Deutschland nicht nur im Halbfinale ausgeschieden ist, sondern bei der es in Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt und Stuttgart zu massiven Ausschreitungen gekommen war. In Düsseldorf waren in der Bahnhofshalle 300 bis dahin friedliche Engländer zufällig auf 150 deutsche Fußballfans gestoßen, darunter gewaltbereite Mitglieder der Gelsenzene und der Borussiafront. Nur wenige Minuten später habe das Bahnhofsumfeld einem Schlachtfeld geglichen, berichteten die Zeitungen damals. Damit es bei der EM im kommenden

Jahr nicht zu ähnlichen Szenen kommt, arbeitet die Polizei schon jetzt an einem ausgefeilten Sicherheitskonzept, mit dem ein direktes Aufeinandertreffen verfeindeter Fangruppierungen verhindert werden soll.

Ob das Konzept aufgehen wird, liegt nicht an der Polizei, sondern auch an den Fans und an der UEFA sowie den hinter ihr stehenden Fußballverbänden und -vereinen. Die Fans müssen sich klar von denjenigen distanzieren, die den Fußball nur als Anlass missbrauchen, um sich mit anderen Fangruppierung zu prügeln, für die das Spiel selbst aber völlig egal ist. Und die Vereine und die UEFA müssen ihre eigenen Regeln, mit denen die Gewalt aus den Stadien und aus deren Umfeld verbannt werden soll, endlich ernst nehmen. Die Erfahrungen der vergangenen Monate, in denen die Fußballfans nach dem Ende der Corona-Epidemie die Spiele ihres Vereins wieder im Stadion mitverfolgen können, zeigt: Hier ist noch viel Luft nach oben! Wenn wir Szenen wie bei der Fußball-EM 1988 in Deutschland, beim WM-Qualifikationsspiel 1989 in Rotterdam, bei der WM 1990 in Italien oder zuletzt beim Conference-League-Spiel des 1. FC Köln in Nizza verhindern wollen, müssen die Vereine gewaltbereite Fans endlich aus den Stadien verbannen. Nicht erst während der EM 2024, sondern jetzt!

Michael Mertens,
Landesvorsitzender

JAV-Wahlen: GdP ist die starke Stimme für junge Kolleginnen und Kollegen

Mitgestalten, wählen gehen: Vom 12. bis 15. Juni stehen bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen die Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) an. Die GdP ist die starke Stimme für die jungen Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei.

Mit der Entscheidung der schwarz-grünen Landesregierung, fortan jedes Jahr möglichst 3000 Kommissaranwärterinnen und -anwärter einzustellen, stehen Ausbildung und Studium so sehr im Fokus wie noch nie. Für die GdP ist klar, dass die Lernbedingungen nicht leiden dürfen, im Gegenteil! Schon jetzt sind die Kurse an der HSPV sehr voll.

Das neuerliche Aufstocken der Einstellungszahlen wird die künftige JAV intensiv beschäftigen. Auch Ausrüstung ist und bleibt ein großes Thema – ebenso Arbeitszeit, Arbeitsbelastung und Ausgleich zum Beruf. Junge Kolleginnen und Kollegen haben sich gerne dafür entschieden, Polizistin oder Polizist zu werden. Aber der Beruf darf nicht krank machen, weder an Leib noch an Seele.

Ob landesweit oder in den Behörden vor Ort: In den JAV ist einmal mehr ein starkes Team gefragt! Bei der Wahl vor zwei Jahren erhielt die GdP 123 der 134 Sitze in den örtlichen JAV und erneut alle fünf Sitze in der Hauptjugend- und Auszubildenden-

vertretung der Polizei im Innenministerium (PHJAV). An diesen Erfolg will die GdP im Juni anknüpfen. Unter Leitung des stellvertretenden Landesvorsitzenden Michael Maatz wurde eine Lenkungsgruppe gegründet, die den Wahlkampf mit Motto und Logo steuert.

Ein besonderes Anliegen ist es, die Wahlbeteiligung deutlich zu steigern. 2021 lag sie bei mageren 28,5 Prozent. „Da geht mehr, da muss mehr gehen“, drängt Maatz. Es gehe um Mitbestimmung und Demokratie – „dafür kämpfen wir als GdP“, so der stellvertretende Landesvorsitzende. Er freut sich auf den engen Schulterschluss mit den Kreisgruppen vor Ort. ■



Verkehrsgerichtstag fordert Fahrerbenennungspflicht

Nach Unfällen, Geschwindigkeitsüberschreitungen oder anderen Verstößen im fließenden Verkehr stoßen Ermittlungen immer wieder an Grenzen, weil unklar ist, wer am Steuer saß. Die GdP begrüßt deshalb sehr, dass sich der Deutsche Verkehrsgerichtstag im Januar in Goslar für eine Fahrerbenennungspflicht für Kfz-Halter ausgesprochen hat, die gegebenenfalls auch mit einem Bußgeld verbunden sein soll.

„Die Fahrerbenennungspflicht muss kommen, sie wird den ermittelnden Kolleginnen und Kollegen sehr helfen“, drängt Verkehrsexperte Heiko Müller, der für die GdP NRW in Goslar vor Ort war und auch

stellvertretender Landesvorsitzender ist. Dass die Verjährungsfrist für die Verfolgung von Verstößen gemäß den Empfehlungen des Verkehrsgerichtstages von drei auf sechs Monate heraufgesetzt werden soll, begrüßt die GdP ebenfalls.

Stichwort EDR: Moderne Autos speichern enorme Mengen an Daten, deren Auswertung nach Unfällen immer wichtiger wird. Dazu hat der Verkehrsgerichtstag empfohlen, dass diese Daten bei einer neu zu schaffenden, unabhängigen Stelle hinterlegt werden sollen. Polizei und Justiz sollen im Rahmen ihrer bestehenden rechtlichen Möglichkeiten Zugriff haben – aus Sicht der GdP ebenfalls eine rich-

tige und wichtige Empfehlung.

Bei E-Scootern hat sich der Verkehrsgerichtstag fürs Beibehalten der bestehenden Promillegrenzen ausgesprochen. Aus Sicht der GdP muss mittelfristig über eine Absenkung der Grenzen von aktuell 0,5 und 1,1 Promille erneut nachgedacht werden. In einer Studie sei zweifelsfrei festgestellt worden, dass schon bei geringem Alkoholenuss ein sicheres Fahren des E-Scooters nicht mehr möglich ist, erklärt Heiko Müller. Unfallstatistiken zeigten ein eindeutiges Bild: „Alkohol ist eine der Hauptunfallursachen und wird von vielen E-Scooter-Fahrern total unterschätzt.“ ■



Lützerath: Räumungseinsatz nach nur fünf Tagen beendet

Erhitzte Gemüter, ein gesellschaftlicher Großkonflikt (Klimakrise), Militante unter den Besetzern, widriges Wetter – und die gefährliche Tagebaukante ganz nah: eine wirklich ungute Mischung. Sorgenvoll war in der Öffentlichkeit der Räumung des von Kohlelegern besetzten Dorfes Lützerath entgegenges-

hen worden. Und dann ging alles ganz schnell. Binnen nur fünf Tagen wurde die bei Erkelenz im rheinischen Revier gelegene Ortschaft geräumt. Mit in der Spitze bis zu 3700 Beamtinnen und Beamten war es für Nordrhein-Westfalen einer der größten Polizeieinsätze überhaupt – sorgsam geplant, mit einem starken, deeskalierenden Ansatz und taktischen Finessen. Wie bei einem Uhrwerk griffen alle Räder ineinander.

Das Einsatzkonzept hat aus GdP-Sicht Vorbildcharakter. Landesvorsitzender Michael Mertens lobte die eingesetzten Kräfte: „Meine Kolleginnen und Kollegen haben unter schwierigen Bedingungen einen hervorragenden Job gemacht!“ DGB-Landesvorsitzende Anja Weber machte sich auf GdP-Einladung vor Ort ein Bild. Sie sagt: „Polizistinnen und Polizisten stehen für unseren Rechtsstaat ein. Dafür verdienen sie Respekt!“ ■





Ohne zweite Werbekampagne auch in diesem Jahr keine 3000 Anwärter

11 335 junge Menschen haben sich bis Anfang Oktober vergangenen Jahres bei der Polizei in NRW beworben, um in diesem Jahr im September ihre Ausbildung als Kommissaranwärterin oder -anwärter zu beginnen. Weil erfahrungsgemäß nur jeder Fünfte von ihnen alle Einstellungstests erfolgreich durchläuft, reicht die Zahl nicht, um am 1. September tatsächlich 3000 Kommissaranwärterinnen und -anwärter in NRW einzustellen. Die GdP hat deshalb Innenminister Herbert Reul (CDU) aufgefordert, unverzüglich eine zweite Werbekampagne zu starten, um mehr junge Menschen für die Polizei zu begeistern, denn das grundsätzliche Interesse am Polizeiberuf ist da. Nur viele junge Menschen erfahren erst viel zu spät, dass die Polizei ein interessanter Arbeitgeber für sie ist. Für andere dauert die Frist zwischen Bewerbung und Einstellungs zugesage zu lange. Sie springen wieder ab, weil andere Arbeitgeber bei ihrer Entscheidung deutlich schneller sind.

Dass das Land beim Einstellungsverfahren schneller werden muss, weiß auch das Innenministerium. Bereits 2020 hatte das für das Einstellungsverfahren zuständige LAFP dafür gesorgt, dass junge Menschen sich nicht nur in einer relativ kurzen Bewerbungsfrist von wenigen Monaten bei

der Polizei bewerben können, sondern das ganze Jahr über. Wer sich nach dem 1. Oktober bewirbt, macht das zwar formal um einen Ausbildungsstart erst im September des übernächsten Jahres, er kann aber auf eigenen Wunsch auch schon zwölf Monate früher seine Bachelorausbildung bei der Polizei beginnen. Aktuell also zum 1. September 2023.

Aus Sicht der GdP war das eine längst überfällige Korrektur. Sie reicht aber nicht, um alle Interessenten an die Polizei zu binden. „Die Bewerber müssen viel schneller erfahren, dass sie bei der Polizei tatsächlich anfangen können“, fordert GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens. Dass bis Anfang Februar nur rund 5000 der mehr als 11 000 jungen Menschen, die sich bis Anfang Oktober vergangenen Jahres bei der Polizei beworben haben, alle Einstellungstests durchlaufen haben, ist nicht akzeptabel. „Für viele ist die Polizei ein attraktiver Arbeitgeber. Aber er ist nicht der Einzige, bei dem sie sich bewerben. Reagieren andere schneller, sind die jungen Leute für die Polizei verloren“, sagt Mertens. Mit einer



zweiten Werbekampagne im Frühjahr könnte dieses Problem gelöst werden. Denn viele junge Menschen wissen nicht, dass sie sich über einen Schnellstart auch jetzt noch für den Einstellungstermin 1. September 2023 bewerben können.

Auch das Innenministerium hat dieses Problem inzwischen erkannt und plant für das Frühjahr eine zweite Werbekampagne. Sie soll aber erst im Frühjahr 2024 starten. Dann ist es zu spät, um noch für dieses Jahr 3000 Kommissaranwärterinnen und -anwärter zu finden. ■

Arbeitsgruppe „Zulagen“ hat ihre Arbeit aufgenommen

Dass das Zulagenwesen dringend reformbedürftig ist, hat die GdP in den letzten Jahren immer wieder bemängelt. Mit der „Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst“ hatte auch der Dienstherr in der letzten Legislaturperiode signalisiert, dass die Zeichen der Zeit auf „Reform“ stehen: damit in Zeiten des Fachkräftemangels attraktive Rahmenbedingungen für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst entstehen und den Belastungen der Kolleginnen und Kollegen ein Zeichen der finanziellen Wertschätzung gegenübersteht. Ergebnisse lieferte die „Offensive“ der letzten Landesregierung al-

lerdings keine: Die Erschwerniszulagenverordnung in NRW basiert weiterhin im Wesentlichen auf den Regelungen des Bundes von vor 20 Jahren. Exemplarisch für das Trauerspiel: der DuZ, der für besonders belastende Dienste eine Zulage vorsieht. Für Dienste an Sonn- und Feiertagen erhalten die Kolleginnen und Kollegen 3,73 Euro, an Samstagen 0,64 Euro pro Stunde und für Nachtdienste zwischen 20 und 6 Uhr 1,28 Euro pro Stunde. Letztere sind übrigens seit über 20 Jahren unverändert.

Weil das bestehende Zulagenwesen die Belastungen unserer Kolleginnen und Kol-

legen nicht annähernd abbildet, hat der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand die Zulagen zu einem seiner Schwerpunktthemen für das laufende Jahr auserkoren. Im Februar dieses Jahres hat die Auftaktveranstaltung einer eigens eingerichteten Arbeitsgruppe stattgefunden. Am Ende des Prozesses soll ein Positionspapier mit konkreten Forderungen entstehen, mit denen die GdP in Gespräche mit der aktuellen Landesregierung eintreten wird. Dabei ist das Signal klar: Eine strukturelle Verbesserung der Rahmenbedingungen zum Nulltarif ist nicht machbar! ■



Komm ins Team

Alle Mitgliedervorteile für Tarifbeschäftigte auf einen Blick

Zwei von drei Polizistinnen und Polizisten sind in NRW Mitglied der GdP. Bei den Tarifbeschäftigten ist der Organisationsgrad niedriger – dabei wird ihre Arbeit für die Polizei immer wichtiger. Die GdP will das ändern. Damit nicht nur die Zahl der Tarifbeschäftigten bei der Polizei steigt, sondern damit sich auch die Eingruppierung, die Bezahlung und die Aufstiegschancen im Tarifbereich nachhaltig bessern.

Der wichtigste Hebel dafür sind steigende Mitgliedszahlen. Denn je mehr Tarifbeschäftigte Mitglied der GdP sind, umso schwieriger wird es für Vorgesetzte, Behördenleiter und das Innenministerium, die Interessen der Tarifbeschäftigten einfach beiseite

zu wischen. Unter dem Stichwort „Komm ins Team“ hat die GdP deshalb in einer Broschüre alle Vorteile zusammengestellt, die den Tarifbeschäftigten eine Mitgliedschaft in der GdP bringt. Von den konkreten Verbesserungen, die die GdP in den vergangenen Jahren im Tarifbereich durchgesetzt hat, bis zum direkten Mitgliedernutzen, den es exklusiv nur für GdP-Mitglieder gibt.

In einem eigenen Kapitel wird zudem die Tarifpolitik der GdP vorgestellt. Denn nach den bereits laufenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten beim Bund und den Kommunen beginnen im Herbst die Verhandlungen für die Beschäftigten der Länder. Dann wird es darum gehen, ein Ge-



Komm ins Team

Ge  **meinsam**
Tarifbeschäftigte. Mit der GdP.



haltsplus durchzusetzen, das deutlich über einem Inflationsausgleich liegt. Hier gibt es noch viel Luft nach oben. ■

gdp-nrw.de

Die Broschüre „Komm ins Team“ gibt es zum Download auf der Homepage des Landesbezirks und gedruckt bei allen Kreisgruppen vor Ort.

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit!

DP – Deutsche Polizei

Nordrhein-Westfalen
ISSN 0170-6462

Geschäftsstelle

Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

Redaktion

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Holger Dumke
Uschi Barrenberg
Telefon (0211) 29101-32
stephan.hegger@gdp-nrw.de

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 7. März.

Der nächste Urlaub kommt bestimmt.

Wir helfen Ihnen gerne bei der Umsetzung Ihrer Urlaubsträume.
Buchen Sie in dem Reisebüro,
in dem sich Ihre GdP-Mitgliedschaft für Sie auszahlt.

GdP Reiseservice
Telefon 0211 - 291 01 60
www.gdp.reisen



REISE-SERVICE
GdP-Service-GmbH NRW



Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im März erhalten einen Douglas-Gutschein im Wert 35 €.

45 27629, Bergisches Land
45 15783, Duisburg
45 34303, Mettmann

Verstärkung für die Geschäftsstelle

Schön, dass ihr da seid: Seit dem 1. Februar verstärken Sandra Thielsch und Sascha Vasile das Geschäftsstellenteam des GdP-Landesbezirks NRW. Sandras Arbeitsplatz ist in der Mitgliederverwaltung. Die 31-jährige Bürokauffrau folgt da auf Anneliese Grenz, die in den Ruhestand gegangen ist. „Gewerkschaftsarbeit fand ich immer schon spannend. Dass ich jetzt Teil davon sein kann, freut mich sehr“, sagt die Duisburgerin, die zuvor bei einem großen Logistikunternehmen gearbeitet hat. Sascha kümmert sich um die IT in der Geschäftsstelle, bildet da gleichsam die personale Schnittstelle zum Dienstleister OSG. „Digitalisierung ist ein großes Thema, als ausgebildeter Systemintegrator will ich das nach vorn bringen“, sagt der 35-jährige Düsseldorfer. Er hat zuvor in einer internationalen Großkanzlei gearbeitet.



GdP aktiv

15.03., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bergisches Land, 14:00 Uhr, Polizeipräsidium Wuppertal, Saal 300, Friedrich-Engels-Allee 228, 42285 Wuppertal

16.03., Skat- und Doppelkopfturnier der Kreisgruppe Heinsberg, 15:00 Uhr, Kreisver-

waltung Heinsberg, Kantine, Valkenburger Str. 45, 52525 Heinsberg. Teilnahmeberechtigt sind alle aktiven und ehemaligen Angehörigen der KPB Heinsberg. Schirmherr ist Landrat Stephan Pusch.

16.03., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Krefeld, 15:00 Uhr, Großmarktkantine, Oppumer Str. 175, 47799 Krefeld

22.03., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Mettmann, 14:00 Uhr, Räume 134/135, Adalbert-Bach-Platz 1, 40822 Mettmann

25.03., 50. Bürger- und Polizeifest der Kreisgruppe Heinsberg, 20:00 Uhr, Gasthaus Sodekamp-Dohmen, Breite Str. 3, 41836 Hückelhoven. Schirmherr ist GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens. Eintrittskarten sind bei den Vertrauensleuten erhältlich.

Anzeige

Marianne Funke
GmbH & Co. KG

May-Eyth-Straße 47
46149 Oberhausen
Tel. 02 08/74 04 99 39
Fax 02 08/59 88 68



Senioren aktuell

Kreisgruppe Aachen

21. März 2023, 15:00 Uhr, Themenstammtisch, Vortrag Pflege, Gaststätte Kommer, Forster Linde 55, Aachen. Begrenzte Teilnehmerzahl! Anmeldung bis 15. März 2023 unter guk.loergen@gmx.de oder 0151/26697522 oder www.gdp-senioren-ac.de.

Kreisgruppe Bonn

20. April 2023, Skatturnier, 15:00 Uhr, Polizeipräsidium Bonn, Roter Saal, Königswinterer Str. 500, 53227 Bonn.

Kreisgruppe Heinsberg

23. März 2023, Seniorentreff, 15:00 Uhr, Gaststätte Dohmen, Hülhovener Straße 92, 52525 Heinsberg, Themen: Aktuelles aus der Kreisgruppe, Jahresplanung, Neues aus dem sozialen Bereich.

Kreisgruppe Kleve

8. März 2023, Seniorennachmittag, 15:00 Uhr, Hotel Litjes, Pfalzdorfer Str. 2, 47574 Goch. Vortrag über aktuelle Betrugsmaßnahmen gegenüber älteren Menschen und gewerkschaftlicher Situationsbericht.